



Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 11019 Berlin

Herrn
Dr. Michael Kaufmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Patrick Graichen
Staatssekretär

www.bmwk.de

Schriftliche Fragen an die Bundesregierung im Monat April 2023

Frage Nr. 4/439

Berlin, 05. Mai 2023

Seite 1 von 2

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

namens der Bundesregierung beantworte ich Ihre Frage wie folgt:

Frage:

Wie viele Arbeitsplätze werden nach Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums in Deutschland verloren gehen (bitte auch das Auftragsvolumen angeben), wenn „die leicht zu kopierende energieintensive Industrie“ aus Deutschland in Länder abwandert, wo deutlich geringere Energiekosten anfallen, wie es Staatssekretär Patrick Graichen im Juni 2022 in einem Interview mit „Clean up“ als wahrscheinliches Szenario angekündigt hat (<https://www.cleaningup.live/ep88-patrick-graichen-germanys-secretary-of-state-for-the-energiewende/> und <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/staatssekretar-graichen-energieintensive-firmen-auswandern/>), und wie gedenkt die Bundesregierung zu verhindern, dass die energieintensive Industrie für komplexere Produkte ebenfalls dorthin abwandert, wo Energie erheblich günstiger ist als in Deutschland?

Antwort:

Die Aussage von Staatssekretär Graichen ist falsch wiedergegeben. Er hat dies als mögliches Szenario beschrieben, und dafür argumentiert, dass deswegen

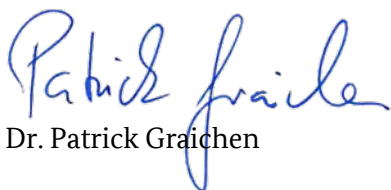


Seite 2 von 2

eine aktive Industriepolitik notwendig ist, um den Industriestandort Deutschland zu sichern.

Die Industrie in Deutschland ist mit etwa 855 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung und rund zehn Millionen Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe und der Bauwirtschaft ein Pfeiler des Wohlstands in Deutschland. Eine Abwanderung dieser und im speziellen auch der energieintensiven Industrien wird durch die Bewahrung des starken Industriestandortes Deutschland verhindert. Maßgeblich hierfür sind vor allem verlässliche Rahmenbedingungen und Standortvorteile im internationalen Wettbewerb. Unter anderem ist dafür gewichtig, dass die benötigte Energie, zum Beispiel durch einen Industriestrompreis, zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht. Die Bundesregierung setzt auf marktwirtschaftliche Instrumente, sinnvolle Regulierungen und zielgerichtete Förderinstrumente, um diese Grundvoraussetzung zu gewähren. Im Ergebnis zielt die Politik der Bundesregierung darauf ab, dass der Standort gestärkt wird und die Arbeitsplätze in der Industrie vollumfänglich erhalten bleiben.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Patrick Graichen